



Stabsstelle Gesetzgebung, 14. Oktober 2014

Vernehmlassungsverfahren zur parlamentarischen Initiative 13.435 Indirekter Gegenentwurf zur Volksinitiative "Schluss mit der MWST-Diskriminierung des Gastgewerbes!"

Ergebnisbericht

Zusammenfassung

Von den 65 Teilnehmenden sprechen sich 45 gegen die Besteuerung warmer Take-away-Leistungen zum Normalsatz aus. Dem Gastgewerbe sei mit dieser Massnahmen nicht geholfen, hingegen würden Take-away-Betriebe und ihre Kunden mit zusätzlichen Kosten belastet. Für die betroffenen Unternehmen steige der administrative Aufwand und die Rechtsunsicherheit nehme zu. Neben 12 Kantonen, welche die Vorlage vor allem aus finanzpolitischen Gründen befürworten, sprechen sich einzig die Grüne Partei Schweiz und der Schweizerische Bauernverband SBV für den indirekten Gegenentwurf der WAK-N aus.

Als Alternative schlagen Gastrosuisse, der Wirtverband Basel Stadt und die BDP einen Sondersatz von 5,5 Prozent für gastgewerbliche Leistungen und Beherbergungsleistungen vor. Der Normalsatz und der reduzierte Satz blieben unverändert. Steuermindereinnahmen von 260 Mio. Franken jährlich seien im Streubereich der Mehrwertsteuereinnahmen und deshalb nicht zu kompensieren. Die dazu notwendige Verfassungsänderung solle als direkter Gegenentwurf der Volksinitiative von Gastrosuisse gegenübergestellt werden.

Inhalt

1	Ausgangslage	4
2	Die Vernehmlassungsvorlage	4
3	Vernehmlassungsteilnehmende	5
4	Ergebnis der Vernehmlassung	5
4.1	Zustimmung zum indirekten Gegenentwurf der WAK-N	5
4.1.1	Kantone	5
4.1.2	Parteien	5
4.1.3	Verbände und übrige Betroffene	6
4.2	Ablehnung des indirekten Gegenentwurfs der WAK-N	6
4.2.1	Kantone	6
4.2.2	Parteien	6
4.2.3	Verbände und übrige Betroffene	8
4.3	Alternative Vorschläge	9
4.3.1	Gastgewerbesatz	9
4.3.2	Unterscheidung warm/kalt auch für das Gastgewerbe	9
	Anhang	11

1 Ausgangslage

Die Volksinitiative von Gastrosuisse «Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes!» ([12.074](#)) fordert eine Anpassung von Artikel 130 der Schweizerischen Bundesverfassung (BV)¹, um gastgewerbliche Leistungen dem gleichen Steuersatz zu unterstellen wie die Lieferungen von Nahrungsmitteln. Damit soll eine steuerliche Gleichbehandlung erreicht werden von Restaurants, deren Leistungen aktuell zum Normalsatz besteuert werden, und Anbietern von sogenannten „Take-away“-Leistungen, deren Leistungen im geltenden Recht als Lieferungen von Nahrungsmitteln zum reduzierten Steuersatz besteuert werden. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung der Volksinitiative ohne Gegenentwurf.

Die WAK-N kam zum Schluss, dass sie das Anliegen der Volksinitiative grundsätzlich bejaht, jedoch deren Umsetzung als finanz- und sozialpolitisch nicht vertretbar erachtet. An ihrer Sitzung vom 24. Juni 2013 entschied sich die Kommission deshalb mit 14 zu 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen für die Erarbeitung eines indirekten Gegenentwurfs mittels einer Kommissionsinitiative. Nach dem Einverständnis der WAK-S verabschiedete die WAK-N an ihrer Sitzung vom 12. August mit 13 zu 7 Stimmen bei 4 Enthaltungen einen Gesetzesvorentwurf samt erläuterndem Bericht und beschloss die Eröffnung einer Vernehmlassung.

Am 19. August 2013 wurde ein Vernehmlassungsverfahren mit verkürzter Frist bis am 30. September 2013 eröffnet. Die Bundesversammlung muss bis spätestens zum 21. März 2014 eine Abstimmungsempfehlung zur Volksinitiative beschliessen. Damit auch der Ständerat die Volksinitiative vor Ablauf der Frist beraten kann, ist es zwingend, dass der indirekte Gegenentwurf der WAK-N und die Volksinitiative in der Wintersession im Nationalrat behandelt können.

2 Die Vernehmlassungsvorlage

Eine steuerliche Gleichbehandlung der gastgewerblichen und Take-away-Leistungen kann nicht bloss durch die Besteuerung der gastgewerblichen Leistungen zum reduzierten Satz erreicht werden, sondern - zumindest theoretisch - auch durch die Besteuerung der Take-away-Leistungen zum Normalsatz. Notwendig hierfür ist allerdings eine zuverlässige Abgrenzung von Take-away-Leistungen und Nahrungsmittellieferungen. Im Wesentlichen unterscheiden sich Nahrungsmittellieferungen und Take-away-Leistungen bezüglich des Zeitpunkts des Verzehrs. Bei Take-away-Leistungen erfolgt der Konsum regelmässig unmittelbar nach dem Erwerb. Da das Unternehmen, das die Mehrwertsteuer bei der Kundschaft einziehen muss, nicht weiss, wann der Kunde oder die Kundin die Nahrungsmittel effektiv konsumiert, ist eine zuverlässige Abgrenzung zwischen Nahrungsmittellieferung und Take-away-Lieferung faktisch nicht möglich.

Die Unterstellung aller warm abgegebenen Speisen und Getränke unter den Normalsatz von 8 Prozent erwies sich als einzige Möglichkeit, wenigstens einen erheblichen Teil der Take-away-Leistungen wie gastgewerbliche Leistungen zu besteuern. Bei der Abgabe warmer Speisen und Getränke ist in der ganz überwiegenden Zahl der Fälle davon auszugehen, dass diese unmittelbar nach dem Erwerb konsumiert werden und es sich somit um eine Take-away-Leistung und nicht um einen Einkauf von Nahrungsmitteln handelt.

¹

Als indirekten Gegenentwurf zur Volksinitiative von Gastrosuisse schlägt deshalb die WAK-N auf dem Weg der parlamentarischen Initiative eine Änderung von Artikel 25 des Bundesgesetzes vom 12. Juni 2009 über die Mehrwertsteuer (MWSTG)² vor, die sämtliche zum unmittelbaren Verzehr warm abgegebenen Nahrungsmittel dem Normalsatz unterstellt. Dadurch würden die Wettbewerbsverzerrungen zwischen dem Gastgewerbe und der Take-away-Branche spürbar reduziert. Die Einführung eines zusätzlichen Abgrenzungskriteriums würde aber für gewisse Betriebe zu mehr administrativem Aufwand führen. Beispielsweise müssten bei der Abgabe warmer Speisen und kalter Getränke zum Mitnehmen neu zwei Steuersätze angewendet werden.

3 Vernehmlassungsteilnehmende

Zur Vernehmlassung eingeladen wurden neben den Kantonen, Parteien und den nationalen Spitzenverbänden auch betroffene Organisationen und Unternehmen. Insgesamt gingen 65 Stellungnahmen ein, wobei 6 Teilnehmende ausdrücklich auf eine Stellungnahme verzichteten. Inhaltlich zur Sache geäußert haben sich somit 59 Teilnehmende.

Das Verzeichnis der 98 Vernehmlassungsadressaten befindet sich im Anhang.

4 Ergebnis der Vernehmlassung

Von 59 Teilnehmenden befürworten 14 Teilnehmende, darunter 12 Kantone, den indirekten Gegenentwurf der WAK-N. 45 Teilnehmende lehnen diesen überwiegend ganz klar ab.

4.1 Zustimmung zum indirekten Gegenentwurf der WAK-N

Dem indirekten Gegenentwurf der WAK-N zugestimmt haben 14 von 59 Teilnehmenden. Das sind rund 24 Prozent.

4.1.1 Kantone

Ohne Vorbehalte zugestimmt haben 10 Kantone (AG, AI, BE, JU, LU, NE, SH, SO, TG, VS). Der Kanton NW unterstützt zwar den indirekten Gegenentwurf der WAK-N „grundsätzlich“, verlangt aber, dass die Abgrenzungskriterien nochmals überdacht werden. Der Kanton OW kann „mit einigen Vorbehalten“ dem indirekten Gegenentwurf der WAK-N zustimmen, bedauert aber, dass keine Variante zur Besteuerung sämtlicher Take-away-Leistungen zum Normalsatz zur Vernehmlassung vorgelegt worden sei.

4.1.2 Parteien

Einzig die *Grüne Partei Schweiz* begrüsst den indirekten Gegenentwurf der WAK-N. Die vorgeschlagene Lösung stelle einen sinnvollen Ansatz dar, um die bestehende Wettbewerbsverzerrung zwischen Gastrobetrieben und Take-away-Betrieben abzubauen. Ungünstig sei hingegen die unterschiedliche Behandlung zwischen einem warmem Hot-Dog und einem kaltem Sandwich oder einer warmen Tasse Tee und einem kalten alkoholfreien Getränk. Allerdings werde durch die vorgeschlagene Revision die viel wesentlichere ungerechte Behandlung zwischen Restaurants und Take-away-Betrieben abgebaut. Des Weiteren sei eine

²

solche Änderung des Mehrwertsteuerrechts sinnvoller als die von der Volksinitiative vorgesehene Senkung des Mehrwertsteuersatzes für die Gastronomie, die beträchtliche Steuerausfälle zur Folge hätte.

4.1.3 Verbände und übrige Betroffene

Bloss der *Schweizerische Bauernverband SBV* unterstützt den indirekten Gegenentwurf der WAK-N. Er sei ausgewogen, beseitige die Diskriminierung und komme ohne Steuerausfälle aus. Es sei von grösster Bedeutung, dass der reduzierte Satz für Nahrungsmittel, landwirtschaftliche Produktionsmittel, Medikamente und weitere Grundbedürfnisse auf dem festgeschriebenen Niveau beibehalten werde. Eine Kompensation von Steuerausfällen über die Mehrbelastung der Landwirtschaft oder der Konsumenten und Konsumentinnen lehnt der SBV entschieden ab.

4.2 Ablehnung des indirekten Gegenentwurfs der WAK-N

Den indirekten Gegenentwurf der WAK-N abgelehnt haben 45 von 59 Teilnehmenden. Das sind rund 76 Prozent.

4.2.1 Kantone

Die folgenden 14 Kantone lehnen den indirekten Gegenentwurf der WAK-N ab: AR, BL, BS, FR, GE, GL, GR, SG, SZ, TI, UR, VD, ZG und ZH. Die angestrebte Beseitigung der steuerlichen Ungleichbehandlung von gastgewerblichen und Take-away-Leistungen wird von einer Mehrheit der Kantone ausdrücklich begrüsst. Die steuerliche Unterscheidung zwischen warmen und kalten Take-away-Leistungen sei dazu jedoch nicht geeignet.

Durch den indirekten Gegenentwurf der WAK-N werde die heutige steuerliche Ungleichbehandlung von gastgewerblichen und Take-away-Leistungen bloss durch eine neue Ungleichbehandlung von warmen und kalten Take-away-Leistungen ersetzt, deren Verfassungsmässigkeit zudem zweifelhaft sei.

Der indirekte Gegenentwurf der WAK-N schaffe neue Abgrenzungsschwierigkeiten und führe damit zu mehr Rechtsunsicherheit. Der administrative Aufwand der betroffenen Unternehmen werde deutlich erhöht. Beispielsweise wären beim Take-away eines warmen Essens und eines kalten Getränks neu zwei Steuersätze anzuwenden. Die Gefahr der fehlerhaften Mehrwertsteuerabrechnung steige. Die korrekte steuerliche Unterscheidung von warmen und kalten Take-away-Leistungen lasse sich nachträglich nicht mehr kontrollieren.

Die bloss geringe prognostizierte Nachfragesteigung im Gastgewerbe zeige, dass der indirekte Gegenentwurf der WAK-N kein geeignetes Mittel sei, um die Wettbewerbsverzerrungen zu beseitigen. Der indirekte Gegenentwurf der WAK-N werde von Gastrosuisse nicht unterstützt und führe wohl kaum zum Rückzug der Initiative.

Für die Kantone BS und ZG lässt sich das Problem bloss durch den Einheitssatz lösen. Für den Kanton AR ist die heutige unterschiedliche steuerliche Behandlung von gastgewerblichen und Take-away-Leistungen gerechtfertigt, da es sich nicht um vergleichbare Leistungen handle.

4.2.2 Parteien

Sechs Parteien lehnen den indirekten Gegenentwurf der WAK-N ab.

Die Bürgerlich-Demokratische Partei Schweiz (BDP) lehnt den vorliegenden Gegenentwurf entschieden ab, da er kein wirklicher Gegenentwurf zur Volksinitiative sei. Das Ziel der Initiative sei es, „den Mehrwertsteuersatz herunterzusetzen und das Gastgewerbe wettbewerbsfähiger zu machen“. Die BDP wolle „keine Privilegien und Subventionen für das Gastgewerbe, sondern die Aufhebung der bestehenden Ungerechtigkeiten“. Für alle Anbieter sollen gleiche Bedingungen gelten, und es soll nicht eine Branche und deren Kunden benachteiligt werden. Eine Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes auf warme Nahrungsmittel helfe dem Gastgewerbe nicht, sondern schaffe nur mehr Bürokratie und bestrafe vor allem die Konsumentinnen und Konsumenten. Zwischen den beiden Branchen werde so zwar die Wettbewerbsverzerrung reduziert, dafür werde die Rechtsgleichheit innerhalb der Take-away-Branche verletzt. Hingegen würde die Einführung eines Sondersatzes für das Gastgewerbe „die bestehende Diskriminierung zumindest minimieren“ (vgl. dazu Ziffer 4.3.1).

Die Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz (CVP) lehnt den Gegenentwurf in der vorliegenden Form dezidiert ab. Es handle sich nicht um einen wirklichen Gegenentwurf zur Initiative von Gastrosuisse, da er Absicht und Ziel der Initiative entgegenlaufe. Diese fordere „eine Herabsetzung des MWST-Satzes, um das Gastgewerbe wettbewerbsfähiger zu machen“. Mit der vorliegenden Erhöhung der Mehrwertsteuer auf warmen Take-away-Leistungen sei weder der Gastronomie noch der Take-away-Branche geholfen. Es würden bloss die Konsumentinnen und Konsumenten bestraft. Vor allem die Kundschaft von Take-away-Betrieben, die auf niedrige Preise angewiesen sei, wie die Familie, die eine Pizza über die Gasse bestelle, oder Schüler, die schnell eine warme Mahlzeit am Mittag einnehmen wollen, würde zur Kasse gebeten.

Die Evangelische Volkspartei der Schweiz (EVP) kann keine Mehrwertsteuer-Diskriminierung des Gastgewerbes erkennen und sieht deshalb keine Notwendigkeit für einen indirekten Gegenentwurf. Zudem erachtet sie das Kriterium der warmen beziehungsweise kalten Speisen als nicht zielführend für eine steuerliche Unterscheidung.

Die Freisinnig-Demokratische Partei (FDP) lehnt den Gegenentwurf der WAK-N mit Verweis auf die im Vernehmlassungsbericht aufgeführten Argumente der Kommissionsminderheit ab. Sie spricht sich ganz grundsätzlich gegen die Volksinitiative und den indirekten Gegenentwurf der WAK-N aus, weil nicht noch mehr Ausnahmen, Abgrenzungsprobleme und noch kompliziertere Mechanismen in der Praxis vorgesehen werden sollen. Einzig das vom Parlament abgelehnte Modell Einheitssatz würde alle heute bestehenden Probleme, insbesondere das Problem „der gefühlten Diskriminierung der Gastrobranche“ lösen.

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP) lehnt den indirekten Gegenentwurf der WAK-N in der vorliegenden Form ab. Die geltende Trennlinie zwischen Gastronomie und Take-away vermöge zwar nicht vollends zu befriedigen, mit dem vorgeschlagenen Entwurf würde das Mehrwertsteuerrecht aber „mit einem neuen und äusserst fragwürdigen Kriterium zur Bestimmung des Steuersatzes bei Nahrungsmitteln zusätzlich verkompliziert“ und gleichzeitig „dem Verfassungsgrundsatz der Rechtsgleichbehandlung widersprochen“. Die steuerliche Ungleichbehandlung von gastgewerblichen Leistungen und Take-away-Leistungen sei „nicht per se unbegründet“. Der Kauf einer schnellen Verpflegung auf der Strasse entspreche viel eher einem Lebensmitteleinkauf und somit einem steuerlich entlasteten Grundbedürfnis als einem Restaurantbesuch.

Die Schweizerische Volkspartei (SVP) lehnt den Gegenentwurf wegen der angestrebten Steuererhöhung auf Take-away-Leistungen ab. Obwohl sie im Grundsatz anerkenne, dass die ungleiche steuerliche Behandlung von gastgewerblichen Leistungen und Take-away-Leistungen in den Augen der Gastgewerbebetriebe unfair erscheinen möge, sei eine Erhöhung des reduzierten Steuersatzes als Lösung für dieses Problem nicht zielführend. Die aus heutiger Sicht unbefriedigende Situation für die normalbesteuerten Gastgewerbebetriebe

lasse sich nicht dadurch verbessern, indem man die Marktbedingungen für die Take-away-Betriebe verschlechterte.

4.2.3 Verbände und übrige Betroffene

Die folgenden 25 Verbände und übrige Betroffenen lehnen den indirekten Gegenentwurf der WAK-N ab: *Gastrosuisse, Hotelleriesuisse, Economiesuisse, der Schweizerische Gewerbeverband (SGV), die Fédération des Entreprises Romandes, das Centre Patronal, der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB), Travailsuisse, die Stiftung für Konsumentenschutz, die Associazione Consumatrici e Consumatori della Svizzera italiana, die Interessengemeinschaft Detailhandel Schweiz (IG DHS), der Schweizerische Verband der Lebensmittel-Detaillisten (VELEDES), die Swiss Retail Federation, der Schweizerische Bäcker-Confiseurmeister-Verband (SBC), die Swiss Catering Association (SCA), der Schweizer Fleisch-Fachverband (SFF), der Wirtverband Basel-Stadt, Gastrozürich, das Mehrwertsteuer-Konsultativgremium, die Treuhand-Kammer, McDonald's Schweiz, die Tibits AG, die Selecta AG, die Fenaco-Gruppe, und die Bell AG.*

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB), die Interessengemeinschaft Detailhandel Schweiz (IG DHS), der Schweizerische Bäcker-Confiseurmeister-Verband (SBC), die Swiss Catering Association (SCA), und die Bell AG finden die heutige steuerliche Ungleichbehandlung von gastgewerblichen Leistungen und Take-away-Leistungen gerechtfertigt beziehungsweise sehen darin keine Wettbewerbsverzerrung, da es sich um unterschiedliche Leistungen handle. Der für Dienstleistungen vorgesehene Normalsatz rechtfertige sich ausschliesslich dann, wenn zur Abgabe von Lebensmitteln zusätzliche Dienstleistungen hinzukämen. Dies sei bei Take-away-Leistungen nicht der Fall.

Gastrosuisse, Hotelleriesuisse, der Schweizerische Gewerbeverband (SGV), Economiesuisse, die Fédération des Entreprises Romandes, das Centre Patronal, Travailsuisse, die Treuhand-Kammer, die Stiftung für Konsumentenschutz, die Associazione Consumatrici e Consumatori della Svizzera italiana, der Wirtverband Basel-Stadt und die Fenaco-Gruppe sehen Wettbewerbsverzerrungen zwischen gastgewerblichen Leistungen und Take-away-Leistungen. Sie sind aber der Ansicht, dass sich dieses Problem mit dem indirekten Gegenentwurf der WAK-N nicht lösen lasse.

Für Economiesuisse, Hotelleriesuisse, das Centre Patronal und die Treuhand-Kammer lässt sich das den Wettbewerbsverzerrungen zwischen Gastgewerbe und Take-away zugrundeliegende Problem nur mit einem Einheitssatz lösen.

Im Wesentlichen wurden die folgenden Argumente gegen den indirekten Gegenentwurf der WAK-N genannt:

- Die neue zusätzliche steuerliche Unterscheidung von warmen und kalten Take-away-Leistungen löse keines der bestehenden Abgrenzungsprobleme, schaffe hingegen neue Abgrenzungsfragen und Rechtsunsicherheit. Zudem sei mehr als fraglich, ob eine unterschiedliche steuerliche Behandlung nur aufgrund der Temperatur eines Nahrungsmittels nicht eine Verletzung des verfassungsmässigen Gleichbehandlungsgebots darstelle.
- Durch die höhere Besteuerung warmer Take-away-Leistungen würden die Unternehmen dieser Branche und somit ihre Kundschaft zusätzlich finanziell belastet. Die Branche leide aber bereits heute unter dem starken Franken. Eine zusätzliche Verteuerung würde auf die Löhne drücken, Investitionen hemmen und zu höheren Preisen für die Konsumierenden führen.

- Der Gegenentwurf würde entgegen der Absicht der Volksinitiative die Gastronomie nicht steuerlich bevorteilen. Die höheren Preise für warme Take-away-Leistungen würden kaum die Nachfrage nach gastgewerblichen Leistungen steigern. Eher würde der aus gesundheitlicher Sicht fragwürdige Konsum von kaltem Take-away zunehmen. Die Taxe occulte und somit die finanzielle Belastung bei warmen Nahrungsmittellieferungen durch Grossküchen an Alters- und Pflegeheimen, Spitälern und Schulen würde steigen.
- Da mit dem indirekten Gegenentwurf der WAK-N zusätzliche Steuereinnahmen erzielt werden, sehen einige Teilnehmende eine staatspolitisch bedenkliche Instrumentalisierung der Volksinitiative, welche eine steuerliche Entlastung der Branche zum Ziel hatte.

Die *Selecta AG* wendet ein, dass die Abgabe von Nahrungsmitteln aus Automaten nicht im Wettbewerb mit gastgewerblichen Leistungen oder Take-away-Leistungen stehe und keine über den Verkauf eines Nahrungsmittels hinausgehende Dienstleistung beinhalte, weshalb die Besteuerung von warmen Nahrungsmitteln aus Automaten zum Normalsatz willkürlich sei. Wie bis anhin sollten deshalb alle Umsätze aus Automaten zum reduzierten Satz besteuert werden.

4.3 Alternative Vorschläge

4.3.1 Gastgewerbesatz

Gastrosuisse und der *Wirteverband Basel-Stadt*, unterstützt von der *BDP*, schlagen einen „Gastgewerbesatz“ vor. Neu sollen dem Sondersatz für Beherbergungsleistungen auch die heute zum Normalsatz besteuerten gastgewerblichen Leistungen (ohne Alkohol) unterstellt werden. Der Sondersatz solle von heute 3,8 Prozent auf 5,5 Prozent erhöht werden. Die damit verbundenen Steuermindereinnahmen von 260 Mio. Franken „lägen im Streubereich der Mehrwertsteuer und seien verkraftbar“.

Mit dem Gastgewerbesatz solle eine „verminderte Diskriminierung und willkommene Entlastung einer arbeitsintensiven Branche“ erreicht werden. Da die Mehrheit der Hotels auch gastgewerbliche Leistungen anböten, würden sie durch die Erhöhung des Sondersatz für die Beherbergung nicht benachteiligt. *Hotelleriesuisse* hat sich in ihrer Stellungnahme nicht zu diesem Vorschlag geäußert.

Da für diesen Vorschlag eine Verfassungsänderung nötig ist, handle es sich um einen direkten Gegenentwurf zur Volksinitiative.

4.3.2 Unterscheidung warm/kalt auch für das Gastgewerbe

Die *Fenaco-Gruppe* schlägt vor, auch in der Gastronomie kalt abgegebene Nahrungsmittel zum reduzierten Satz und warm abgegebene Nahrungsmittel zum Normalsatz zu besteuern. Begründet wird dies damit, dass dadurch „die Gastgewerbebetriebe eine gewisse Steuerreduktion erfahren würden und damit an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen, während die Take-away-Betriebe keine Änderung erfahren. Die Steuerausfälle für Restaurantbetriebe dürften bei einer Beschränkung auf kalte Speisen in einem tragbaren Verhältnis zur erzielten Lösung sein“. Offenbar wurde von der *Fenaco-Gruppe* übersehen, dass es unter geltendem Recht keine unterschiedliche Besteuerung von warmen und kalten Take-away-Leistungen gibt.

Bemerkenswert an diesem Vorschlag ist jedoch, dass bei einem gleichzeitigen Verzicht auf eine unterschiedliche Besteuerung von Leistungen, die vor Ort konsumiert und solchen, die mitgenommen werden, eine vollständige Gleichbehandlung von gastgewerblichen und Take-away-Leistungen erreicht würde. Weshalb allerdings die Abgabe von kalten Nahrungsmitteln

im Restaurant wie ein Einkauf von Nahrungsmitteln im Geschäft zum reduzierten Satz besteuert werden sollte, ist mit Blick auf Sinne und Zweck reduzierter Steuersätze kaum begründbar.

Liste der Vernehmlassungsadressaten

Liste des destinataires

Elenco dei destinatari

Art. 4 Abs. 3 Vernehmlassungsgesetz (SR 172.061)

1.	Kantone / Cantons / Cantoni.....	2
2.	In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien / partis politiques représentés à l'Assemblée fédérale / partiti rappresentati nell' Assemblea federale	4
3.	Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete / associations faîtières des communes, des villes et des régions de montagne qui œuvrent au niveau national / associazioni mantello nazionali dei Comuni delle città e delle regioni di montagna	5
4.	Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft / associations faîtières de l'économie qui œuvrent au niveau national/ associazioni mantello nazionali dell'economia	5
5.	Übrige Organisationen und Interessenten / Autres organisations et personnes intéressées / Altre organizzazioni e persone interessate	6
6.	Fürstentum Liechtenstein / Principauté du Liechtenstein.....	8
7.	Bundesgerichte / Tribunaux fédéraux / Tribunali federali	8
8.	Finanzbehörden und Steuer-Organisationen / Autorités financières et organisations fiscales / Autorità finanziarie e organizzazioni fiscali.....	9

1. Kantone / Cantons / Cantoni

Nr.	Adressaten / Destinataires / Destinatari	Abk. Abrév. Abbrev.	Adresse Adresse Indirizzo
1	Staatskanzlei des Kantons Zürich	ZH	Kaspar Escher-Haus 8090 Zürich
2	Staatskanzlei des Kantons Bern	BE	Postgasse 68 3000 Bern 8
3	Staatskanzlei des Kantons Luzern	LU	Bahnhofstrasse 15 6002 Luzern
4	Standeskanzlei des Kantons Uri	UR	Postfach 6460 Altdorf
5	Staatskanzlei des Kantons Schwyz	SZ	Postfach 6431 Schwyz

1. Kantone / Cantons / Cantoni

Nr.	Adressaten / Destinataires / Destinatari	Abk. Abrév. Abbrev.	Adresse Adresse Indirizzo
6	Staatskanzlei des Kantons Obwalden	OW	Rathaus 6060 Sarnen
7	Standeskanzlei des Kantons Nidwalden	NW	Rathaus 6370 Stans
8	Regierungskanzlei des Kantons Glarus	GL	Rathaus 8750 Glarus
9	Staatskanzlei des Kantons Zug	ZG	Postfach 156 6301 Zug
10	Chancellerie d'Etat du Canton de Fribourg	FR	Rue des Chanoines 17 1700 Fribourg
11	Staatskanzlei des Kantons Solothurn	SO	Rathaus 4509 Solothurn
12	Staatskanzlei des Kantons Basel-Stadt	BS	Rathaus, Postfach 4001 Basel
13	Landeskanzlei des Kantons Basel-Landschaft	BL	Rathausstrasse 2 4410 Liestal
14	Staatskanzlei des Kantons Schaffhausen	SH	Beckenstube 7 8200 Schaffhausen
15	Kantonskanzlei des Kantons Appenzell Ausserrhoden	AR	Regierungsgebäude Postfach 9102 Herisau
16	Ratskanzlei des Kantons Appenzell Innerrhoden	AI	Marktgasse 2 9050 Appenzell
17	Staatskanzlei des Kantons St. Gallen	SG	Regierungsgebäude 9001 St. Gallen
18	Standeskanzlei des Kantons Graubünden	GR	Reichsgasse 35 7001 Chur
19	Staatskanzlei des Kantons Aargau	AG	Regierungsgebäude 5001 Aarau
20	Staatskanzlei des Kantons Thurgau	TG	Regierungsgebäude 8510 Frauenfeld
21	Cancelleria dello Stato del Cantone del Ticino	TI	Residenza Governativa 6501 Bellinzona
22	Chancellerie d'Etat du Canton de Vaud	VD	Château cantonal 1014 Lausanne
23	Chancellerie d'Etat du Canton du Valais	VS	Palais du Gouvernement 1950 Sion
24	Chancellerie d'Etat du Canton de Neuchâtel	NE	Château 2001 Neuchâtel
25	Chancellerie d'Etat du Canton de Genève	GE	Rue de l'Hôtel-de-Ville 2 1211 Genève 3

1. Kantone / Cantons / Cantoni

Nr.	Adressaten / Destinataires / Destinatari	Abk. Abrév. Abbrev.	Adresse Adresse Indirizzo
26	Chancellerie d'Etat du Canton du Jura	JU	Rue du 24-Septembre 2 2800 Delémont
27	Konferenz der Kantonsregierungen Conférence des Gouvernements cantonaux Conferenza dei Governi cantonali	KdK CdC CdC	Sekretariat Haus der Kantone Speichergasse 6 Postfach 444 3000 Bern 7

2. Politische Parteien³ / Partis politiques / Partiti politici

Nr.	Adressaten / Destinataires / Destinatari	Abk. Abrév. Abbrev.	Adresse Adresse Indirizzo
1	Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz Parti démocrate-chrétien suisse Partito popolare democratico svizzero	CVP PDC PPD	Postfach 5835 3001 Bern
2	FDP. Die Liberalen PLR. Les Libéraux-Radicaux PLR. I Liberali Radicali	FDP PLR PLR	Neuengasse 20 Postfach 6136 3001 Bern
3	Sozialdemokratische Partei der Schweiz Parti socialiste suisse Partito socialista svizzero	SPS PSS PSS	Postfach 7876 3001 Bern
4	Schweizerische Volkspartei Union Démocratique du Centre Unione Democratica di Centro	SVP UDC UDC	Postfach 8252 3001 Bern
5	Bürgerlich-Demokratische Partei Schweiz Parti Bourgeois-Démocratique Suisse Partito borghese-democratico Svizzero	BDP PBD PBD	Postfach 119 3000 Bern 6
6	Christlich-soziale Partei Obwalden	csp ow	c/o Walter Wyrsh Sagenstrasse 2 6055 Alpnach Dorf
7	Mouvement Citoyens Genevois	MCG	CP 340 1211 Genève
8	Evangelische Volkspartei der Schweiz Parti évangélique suisse Partito evangelico svizzero	EVP PEV PEV	Nägeligasse 9 Postfach 3294 3000 Zürich 7
9	Grüne Partei der Schweiz Parti écologiste suisse Partito ecologista svizzero	Grüne Les Verts I Verdi	Waisenhausplatz 21 3011 Bern

³ In der Bundesversammlung vertretene Parteien, gemäss Liste der BK.

Partis représentés à l'Assemblée fédérale d'après la liste de la Chancellerie fédérale.

Partiti rappresentati nell'Assemblea federale secondo l'elenco della Cancelleria federale.

2. Politische Parteien³ / Partis politiques / Partiti politici

Nr.	Adressaten / Destinataires / Destinatari	Abk. Abrév. Abbrev.	Adresse Adresse Indirizzo
10	Grünes Bündnis Alliance Verte et Sociale Alleanza Verde e Sociale	GB AVeS AVeS	Waisenhausplatz 21 3011 Bern
11	Grünliberale Partei Schweiz Verts libéraux suisse Verdi liberali svizzera	GLP	Postfach 367 3000 Bern 7
12	Lega dei Ticinesi	Lega	Norman Gobbi Casella postale 64 6776 Piotta
13	Christlichsoziale Volkspartei Oberwallis	CSPO	Geschäftsstelle CSPO Postfach 3980 Visp

**3. Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete
Associations faîtières des communes, des villes et des régions de montagne
qui œuvrent au niveau national****Associazioni mantello nazionali dei Comuni, delle città e delle regioni di montagna**

Nr.	Adressaten / Destinataires / Destinatari	Abk. Abrév. Abbrev.	Adresse Adresse Indirizzo
1	Schweizerischer Gemeindeverband Association des Communes suisses Associazione dei Comuni Svizzeri	SGemV ACS ACS	Postfach 3322 Urtenen-Schönbühl
2	Schweizerischer Städteverband Union des Villes Suisses Unione delle Città Svizzere	SSV USV UCS	Monbijoustrasse 8 Postfach 8175 3001 Bern
3	Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete Groupement suisse pour les régions de montagne Gruppo svizzero per le regioni di montagna	SAB SAB SAB	Postfach 7836 3001 Bern

4. Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft**Associations faîtières de l'économie qui oeuvrent au niveau national****Associazioni mantello nazionali dell'economia**

Nr.	Adressaten / Destinataires / Destinatari	Abk. Abrév. Abbrev.	Adresse Adresse Indirizzo
1	Economiesuisse Verband der Schweizer Unternehmen Fédération des entreprises suisses Federazione delle imprese svizzere	economie- suisse	Postfach 8032 Zürich

4. Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft**Associations faîtières de l'économie qui oeuvrent au niveau national****Associazioni mantello nazionali dell'economia**

Nr.	Adressaten / Destinataires / Destinatari	Abk. Abrév. Abbrev.	Adresse Adresse Indirizzo
2	Schweizerischer Gewerbeverband Union suisse des arts et métiers Unione svizzera delle arti e mestieri	SGV USAM USAM	Postfach 3001 Bern
3	Schweizerischer Arbeitgeberverband Union patronale suisse Unione svizzera degli imprenditori	SAGV UPS UPS	Postfach 8032 Zürich
4	Schweizerischer Bauernverband Union suisse des paysans Unione svizzera dei contadini	SBV USP USC	Haus der Schweizer Bauern Laurstrasse 10 5200 Brugg
5	Schweizerische Bankiervereinigung Association suisse des banquiers Associazione svizzera dei banchieri	SBV ASB ASB	Postfach 4182 4002 Basel
6	Schweizerischer Gewerkschaftsbund Union syndicale suisse Unione sindacale svizzera	SGB USS USS	Postfach 3000 Bern 23
7	Kaufmännischer Verband Schweiz Société suisse des employés de commerce Società svizzera degli impiegati di commercio	KV Schweiz SEC Suisse SIC Svizzera	Postfach 1853 8027 Zürich
8	Travail.Suisse		Postfach 5775 3001 Bern
9	Arbeitgeberverband der Schweizer Dentalbranche Associaton patronale suisse de la branche dentaire	asd	Moosstrasse 2 3073 Gümligen

5. Übrige Organisationen und Interessenten**Autres organisations et personnes intéressées****Altre organizzazioni e persone interessate**

Nr.	Adressaten / Destinataires / Destinatari	Abk. Abrév. Abbrev.	Adresse Adresse Indirizzo
1	Die Schweizerische Post La Poste Suisse La Posta Svizzera	Die Post La Poste La Posta	Viktoriastrasse 21 3030 Bern
2	Schweizerische Bundesbahnen Chemins de fer fédéraux suisses Ferrovie federali svizzeri	SBB CFF FFS	Hochschulstrasse 6 3000 Bern 65
3	Centre Patronal	CP	Monbijoustrasse 14 Postfach 5236 3001 Bern

5. Übrige Organisationen und Interessenten
Autres organisations et personnes intéressées
Altre organizzazioni e persone interessate

Nr.	Adressaten / Destinataires / Destinatari	Abk. Abrév. Abbrev.	Adresse Adresse Indirizzo
4	Schweizerischer Anwaltsverband Fédération Suisse des Avocats Federazione Svizzera degli Avvocati	SAV FSA FSA	Marktgasse 4 Postfach 8321 3001 Bern
5	Treuhand-Kammer / Schweizerische Kammer der Wirtschaftsprüfer, Steuerexperten und Treuhandexperten Chambre fiduciaire / Chambre suisse des experts- comptables, fiduciaires et fiscaux	---	Limmatquai 120 Postfach 1477 8021 Zürich
6	TREUHAND SUISSE Schweizerischer Treuhänderver- band Union Suisse des Fiduciaires Unione Svizzera dei Fiduciari	STV USF USF	Monbijoustrasse 20 Postfach 8520 3001 Bern
7	Schweizerischer landwirtschaftlicher Treuhänderverband Association Suisse des Fiduciaires agricoles Associazione Svizzera dei Fiduciari agricoli	SLTV ASFA ASFA	Alex Pfiffner Pemag Treuhand AG Alzbachstrasse 11 5734 Reinach AG
8	Schweizerischer Verband für Rechnungslegung, Control- ling und Rechnungswesen	veb.ch	Lagerstrasse 1 Postfach 1262 8021 Zürich
9	Verband der Industrie- und Dienstleistungskonzerne in der Schweiz Fédération des groupes industriels et de services en Suisse	SwissHold- ings	Nägeligasse 13 Postfach 402 3000 Bern 7
10	swissmem		Kirchenweg 4 8008 Zürich
11	Schweizer Tourismus-Verband Fédération suisse de tourisme Federazione svizzera del turismo	STV FST FST	Postfach 8275 3001 Bern
12	Schweizer Hotelier-Verein Société suisse des hôteliers Società Svizzera degli Albergatori	hotellerie- suisse	Monbijoustrasse 130 Postfach 3001 Bern
13	Verband für Hotellerie und Restauration Fédération de l'hôtellerie et de la restauration Federazione per l'albergheria e la ristorazione	Gastrosuisse	Blumenfeldstrasse 20 8046 Zürich
14	Schweizer Cafetier Verband	SCV	Bleicherweg 54 8002 Zürich
15	Schweizerischer Baumeisterverband Société Suisse des Entrepreneurs Società Svizzera degli Impresari-Costruttori	SBV SSE SSIC	Weinbergstrasse 49 Postfach 8045 Zürich

5. Übrige Organisationen und Interessenten
Autres organisations et personnes intéressées
Altre organizzazioni e persone interessate

Nr.	Adressaten / Destinataires / Destinatari	Abk. Abrév. Abbrev.	Adresse Adresse Indirizzo
16	Stiftung für Konsumentenschutz Fondation pour la protection des consommateurs Fondazione per la protezione dei consumatori	SKS	Monbijoustrasse 61 Postfach 3000 Bern 23
17	Interessengemeinschaft Detailhandel Schweiz Communauté d'intérêt du commerce de détail suisse	IG DHS CI CDS	Geschäftsstelle Postfach 5815 3001 Bern
18	Swiss Retail Federation	SRF	Marktgasse 50 3000 Bern 7
19	Schweizer Detaillistenverband	SDV	Burgerstrasse 17 Postfach 2625 6002 Luzern
20	Schweizerischer Bäcker-Confiseurmeister-Verband Association suisse des patrons boulangers-confiseurs Associazione svizzera mastri panettieri-confettieri	SBC BCS PCS	Seilerstrasse 9 3001 Bern
21	Schweizer Fleisch-Fachverband Union Professionnelle de la Viande Unione Professionale Svizzera della Carne	SFF UPSV UPSC	Steinwiesstr. 59 Postfach 8032 Zürich
22	Schweizerischer Verband der Lebensmittel-Detaillisten Association suisse des détaillants en alimentation Associazione svizzera di dettaglianti in alimentari	VELEDES	Falkenplatz 1 3012 Bern
23	Swiss Catering Association	SCA	Flüelastrasse 51 Postfach 8047 Zürich
24	Eidgenössische Kommission für Konsumentenfragen Commission fédérale de la consommation Commissione federale del consumo	EKK CFC CFC	Jean-Marc Vögele Büro für Konsumenten- fragen Effingerstrasse 27 3003 Bern
25	Konsumentenforum	kf	Belpstrasse 11 3007 Bern
26	Fédération romande des consommateurs	FRC	Case postale 6151 1002 Lausanne
27	Associazione consumatrici della Svizzera italiana	ACSI	Via Polar 46 Casella postale 165 6932 Lugano-Breganzona
28	Seilbahnen Schweiz Remontées Mécaniques Suisses Funivie Svizzere	SBS RMS FUS	Dählhölzliweg 12 3000 Bern 6

5. Übrige Organisationen und Interessenten
Autres organisations et personnes intéressées
Altre organizzazioni e persone interessate

Nr.	Adressaten / Destinataires / Destinatari	Abk. Abrév. Abbrev.	Adresse Adresse Indirizzo
29	Mehrwertsteuer-Konsultativgremium		c/o ESTV MWST Schwarztorstrasse 50 3003 Bern
30	Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten Conférence des Recteurs des Universités Suisses Conferenza dei Rettori delle Università Svizzere	CRUS	Postfach 607 3000 Bern 9
31	Rektorenkonferenz der Fachhochschulen der Schweiz Conf. des Recteurs des Hautes Écoles Spécialisées	KFH CSHES	Falkenplatz 9 Postfach 710 3000 Bern 9
32	Schweizer Casino Verband Fédération Suisse des Casinos Federazione Svizzera dei Casinò	---	Marktgasse 50 Postfach 593 3000 Bern 7
33	Swiss Olympic Association	---	Postfach 606 3000 Bern 22
34	Dachverband der schweizerischen Luft- und Raumfahrt Fédération faîtière de l'aéronautique suisse Associazione mantello dell'aeronautica svizzera	AERO- SUISSE	Monbijoustrasse 14 Postfach 5236 3001 Bern
35	VSIG Handel Schweiz VSIG Commerce Suisse VSIG Commercio Svizzera	VSIG	Güterstrasse 78 Postfach 4010 Basel
36	Schweizerischer Versicherungsverband Association Suisse d'Assurances Associazione Svizzera d'Assicurazioni	SSV ASA ASA	C.F. Meyer-Strasse 14 Postfach 4288 8022 Zürich
37	Föderativverband des Personals öffentlicher Verwaltungen und Betriebe Union fédérative du personnel des administrations et des entreprises publiques Federazione del personale delle amministrazioni pubbliche et delle regie	FöV UF	Monbijoustrasse 61 Postfach 3000 Bern 23

6. Fürstentum Liechtenstein / Principauté du Liechtenstein

Nr.	Adressaten / Destinataires / Destinatari	Abk. Abrév. Abbrev.	Adresse Adresse Indirizzo
1	Regierung des Fürstentums Liechtenstein		Regierungsgebäude FL-9490 Vaduz

7. Bundesgerichte / Tribunaux fédéraux / Tribunali federali

Nr.	Adressaten / Destinataires / Destinatari	Abk. Abrév. Abbrev.	Adresse Adresse Indirizzo
1	Schweizerisches Bundesgericht Tribunal fédéral Tribunale federale	BGer TF TF	Av. du Tribunal fédéral 29 1000 Lausanne 14 Schweizerhofquai 6 6004 Luzern
2	Bundesverwaltungsgericht Tribunal administratif fédéral Tribunale amministrativo federale	BvGer TaF TaF	Postfach 9023 St. Gallen
3	Bundesstraßgericht Tribunal pénal fédéral Tribunale penale federale	BsGer TpF TpF	Cancelleria Casella postale 2720 6501 Bellinzona

8. Finanzbehörden und Steuer-Organisationen Autorités financières et organisations fiscales Autorità finanziarie e organizzazioni fiscali

Nr.	Adressaten / Destinataires / Destinatari	Abk. Abrév. Abbrev.	Adresse Adresse Indirizzo
1	Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren Conférence des directeurs cantonaux des finances Conferenza dei direttori cantonali delle finanze	FDK CDF CDCF	Haus der Kantone Speichergasse 6 Postfach 3000 Bern 7
2	Schweizerische Steuerkonferenz Conférence suisse des impôts Conferenza fiscale Svizzera	SSK CSI CFS	c/o Administration cantonale des impôts Frau Christiane Schaffer Secrétaire générale CSI Route de Berne 46 1014 Lausanne
3	Städtische Steuerkonferenz Schweiz Conférences des villes suisses sur les impôts	---	Herr Daniel Rechtsteiner Steueramt der Stadt Arbon Hauptstrasse 12 9320 Arbon
4	Schweizerische Vereinigung diplomierter Steuerexperten Association suisse des experts fiscaux diplômés Associazione svizzera degli esperti fiscali diplomati	SVDS ASEFiD	Bellerive 201 8034 Zürich
5	Schweizerische Vereinigung für Steuerrecht Association suisse de droit fiscal Associazione svizzera di diritto fiscale (International Fiscal Association)	IFA IFA IFA IFA	c/o Dr. Hubertus Ludwig VISCHER, Anwälte und Notare Aeschenvorstadt 4, 4010 Basel